

Generationengerechtigkeit heißt globale Gerechtigkeit!

Offener Brief der jungen Zivilgesellschaft anlässlich des 30. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention

28. November 2019

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Müller,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

seit Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention vor 30 Jahren hat sich der Anteil unterernährter Kinder halbiert. Es gibt weniger Kinderarbeit, eine deutlich geringere Säuglingssterblichkeit, weniger Zwangsehen und mehr Kindern ist ein Schulbesuch möglich. Trotz der Fortschritte werden Kinder stärker denn je von Gewalt und Armut, durch Krieg sowie der Klimakrise bedroht. Zurzeit sind weltweit über 35 Millionen Kinder auf der Flucht. Insgesamt 385 Millionen Kinder leben in extremer Armut, vor allem in Staaten des Globalen Südens. In manchen Teilen der Welt gehen fast 50 Prozent der Mädchen und jungen Frauen nicht zur Schule. Nur 2 Prozent der weltweiten Abgeordneten sind unter 30 Jahre alt, während 50 Prozent der Weltbevölkerung das dreißigste Lebensjahr noch nicht erreicht hat. Seit 1989 hat es deutliche Verbesserungen der weltweiten Kinderrechtssituation gegeben, doch Sie sind trotzdem viel zu langsam, da es Ihnen an einer entschiedenen politischen Prioritätensetzung fehlt.

Wir als junge Menschen aus einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, die sich für eine generationengerechte Welt einsetzen, sehen in dem Jubiläum keinen Grund zu feiern; stattdessen blicken wir mit Besorgnis auf den Zustand der Welt.

Wir blicken mit Besorgnis darauf, dass die Entwicklungspolitik der Bundesregierung auch zum Ziel hat, Geflüchtete davon abzuhalten nach Europa zu kommen und wirtschaftliche Interessen Deutschlands wie neue Absatzmärkte oder Zugänge zu Rohstoffen zu sichern, anstatt sich mit vollster Kraft für die Beseitigung von globaler Ungleichheit einzusetzen. Währenddessen sterben Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer.

Wir blicken mit Besorgnis darauf, dass die Folgen der Klimakrise die Lebensgrundlagen von vielen Menschen zerstören, insbesondere im Globalen Süden. Kinder und zukünftige Generationen haben umso stärker darunter zu leiden.

In der Debatte um Armut, Flucht und Migration und die Ausmaße der Klimakrise dürfen wir nicht ignorieren, dass unsere Imperiale Lebensweise¹ globale Ungleichheit manifestierte und fortwährend reproduziert: Ausgehend von der Kolonialzeit nimmt Ihre maßgeblich von Wachstum und Profit getriebene Wirtschafts- und Handelspolitik Ausbeutung sowie Kinder- und Menschenrechtsverletzungen bewusst in Kauf. Während ein Teil der deutschen Bevölkerung und die Wirtschaft vom Status Quo profitieren, wird an Orten im Globalen Süden mit ebendieser Politik Leid geschaffen.

Mit Blick auf die Umsetzung der Kinderrechtskonvention muss die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partner*innen stattfinden. Strukturell benachteiligte Gruppen wie Kinder,

¹ Brand, Ulrich & Wissen, Markus. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.

insbesondere Mädchen, Frauen*, People of Color, Menschen mit einer zugeschriebenen Behinderung, indigene sowie queere Menschen müssen unmittelbar selbstbestimmt am Entscheidungsprozess beteiligt sein.

Junge Menschen fordern eine kohärente Politik, die globale Gerechtigkeit schafft, indem sie Waffenexporte stoppt, die Finanzmittel im Bundeshaushalt für Entwicklungszusammenarbeit und die Stärkung der Kinderrechte erhöht sowie die Klimakrise ernst nimmt. Wirtschaftlicher Profit darf nicht über den Erhalt des Planeten und die Lebensqualität von Menschen im Globalen Süden gestellt werden. Klimaschutz und Kinderrechte gehören mit dem Anspruch an eine generationengerechte Welt noch in dieser Legislaturperiode ins Grundgesetz.

Am morgigen Freitag, dem 29. November 2019, werden wieder Millionen von Menschen weltweit auf die Straße gehen, um konsequenten Klimaschutz und damit zugleich Generationengerechtigkeit einzufordern. Generationengerechtigkeit heißt globale Gerechtigkeit. Es wird Zeit, dass Sie handeln! Der Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention wäre der richtige Moment, um zu starten – dann gäbe es auch etwas zu feiern.

Mit erwartungsvollen Grüßen



Jonas Laur & Joshua Hofert, Initiatoren des Briefes
Jakob Blasel, Fridays for Future
Nick Heubeck, Fridays for Future
Luca Salis, Fridays for Future
Jugendparlament Leipzig
AllerWeltHaus Hagen e.V.
FoNaB gemeinnützige UG

Laura Krüger, World Vision Jugendbotschafterin
Daniela Ordowski, MIJARC Europe
Max Zuber, Vorstand DGVN
Hans-Joachim Rieks, Himmel un ääd e.V.
Urban Philippek, Bono-Direkthilfe
Daniel Simon, Hochschule für nachhaltige Entwicklung
Patrick Rohde

Weitere Unterzeichner*innen auf www.soscisurvey.de/offener-brief